



REGIERUNGSKANSLIET

(Nicht offizielle Übersetzung)

Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

Änderungen vorbehalten

Regierungserklärung, anlässlich der außenpolitischen Debatte im Reichstag am 12. Februar 2003

Herr Präsident!

Wir sehen viele Drohungen gegen die Sicherheit in der Welt:

- Das Risiko eines militärischen Konflikts im Irak wird immer bedrohlicher.
- Die Entwicklung in Nordkorea und zwischen den Kernwaffenmächten Indien und Pakistan unterstreicht die Drohungen von Massenvernichtungswaffen.
- In Israel und in den palästinensischen Gebieten eskaliert eine schlimme Spirale von Gewalt und Hass.
- Täglich werden Tausende von Kränkungen der Menschenrechte begangen. Wie Lilja im Film von Lukas Moodysson werden jedes Jahr über eine halbe Million Frauen und Kinder in die EU eingeschmuggelt um als Sexsklaven ausgenutzt zu werden.
- Eine Milliarde Menschen sind von Armut geplagt.
- Überall lauert die Drohung vom internationalen Terrorismus.

Unsere vielleicht wichtigste Aufgabe in der heutigen verflochtenen Welt ist zu größerer Sicherheit beizutragen – auch um unser selbst willen:

Die Massenvernichtungswaffen im Irak bedrohen vor allem die Region, können aber auch uns bedrohen. Die Risiken eines Krieges im Irak sind auch unsere Risiken.

Der internationale Terrorismus trifft auch uns. Im vergangenen Jahr wurden sechs junge unschuldige Schweden auf Bali getötet.

Die Islamophobie, die sich seit dem 11. September verstärkt hat, trifft schwedische Mitbürger mit einem Hintergrund in den muslimischen Ländern und steigert das Misstrauen in der Gesellschaft.

Die internationale Kriminalität die mit Menschen handelt, Geld wäscht und Drogen schmuggelt ist auch in Schweden tätig.

Schweden will und kann dazu beitragen größere Sicherheit zu schaffen – Sicherheit in ihrer vollen Bedeutung. Traditionell wurde behauptet dass die Sicherheit der Staaten durch militärische Mittel gewährleistet wird, jetzt auch durch den Kampf gegen den Terrorismus. Doch das ist nicht genug.

Sicherheit in der heutigen Welt muss global und gemeinsam geschaffen werden und Freiheit und Geborgenheit für alle bedeuten.

Und es ist möglich! Nie zuvor gab es bessere Voraussetzungen als heute gemeinsame Sicherheit zu schaffen, wo der kalte Krieg beendet ist, wo Europa wieder vereint ist, wo die Vereinten Nationen ihre Handlungskraft wiedergewonnen haben. Aber gewisse Dinge sind gefordert:

Sicherheit setzt Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie voraus

Nach Ende des kalten Krieges konnten wir weitergehen von der Verteidigung der Rechte aller Staaten zu einer stärkeren Betonung der

gleichen Würde und der gleichen Rechte aller Menschen. Nicht nur Staaten sondern alle Individuen haben das Recht auf Sicherheit. Unsere Forderungen von Menschenrechten können niemals vor Landesgrenzen oder vor kulturellen oder religiösen Barrieren Halt machen.

Die Erklärung der UNO über die Menschenrechte ist universal. In einer Zeit von globaler Wirtschaft, Information und Mobilität muss mehr denn je diese gemeinsame Wertgrundlage verteidigt werden, die Menschen und Kulturen verbindet. Der Schutz gegen Kriegsverbrechen und Völkermord wird verstärkt werden wenn dieses Jahr das internationale Strafgericht in Haag eingerichtet wird.

Der internationale Terrorismus bedroht unsere Rechte. Intoleranz, gebaut auf ein schwarz-weißes Bild der Welt, ist sein Grund, Finanzierung durch Kriminalität und illegale Geldtransaktionen seine Voraussetzung, Rücksichtslosigkeit und Schrecken seine Werkzeuge. Kein Ziel, keine Sache, kein Kampf kann einen Terror rechtfertigen der darauf abzielt unschuldige Zivilisten zu töten und zu verstümmeln. Schweden wird sich immer in der ersten Linie befinden wenn es gilt den Terrorismus zu bekämpfen.

Wenn wir aber den Kampf gegen den Terrorismus den Menschenrechten überordnen sind wir die Verlierer und die Terroristen die Gewinner. Die Menschenrechte sind der Kern des toleranten Lebensstils, den wir anstreben und den sie bekämpfen.

Deshalb hat Schweden durchgesetzt dass die Einsätze der EU gegen den Terrorismus in Übereinstimmung mit den Menschenrechten durchgeführt werden. Deshalb haben wir verlangt, dass die Schweden, die auf der Sanktionsliste der UNO aufgeführt sind, von der Liste gestrichen werden, da es keine Beweise gegen sie gab, und dass das Sanktionssystem der UNO geändert wird. Deshalb haben wir verlangt dass der Schwede, der sich als Gefangener in Guantánamo Bay befindet, unmittelbar freigegeben wird.

Ein Problem in unserer Nähe ist Tschetschenien, wo nur eine politische Lösung den Konflikt zu einem dauerhaften Ende bringen kann. Wir teilen Russlands Zorn über die Terrorhandlungen in Moskau im vorigen Jahr. Wir stellen Russlands Recht den Terrorismus zu bekämpfen nicht in Frage, aber der Kampf muss in Übereinstimmung mit internationalen humanitären Rechten und Menschenrechten geführt werden.

Eine wachsende Bedrohung exponierter Menschen und eine wachsende Einnahmequelle der internationalen Kriminalität und des internationalen Terrorismus ist der Handel mit Frauen und Kindern. Die Regierung hat bisher 60 Millionen Kronen für den Kampf gegen den Menschenhandel in Osteuropa veranschlagt. Schweden hat in der nordisch-baltischen Zusammenarbeit, im Euro-arktischen Barentssee -Rat und innerhalb der Zusammenarbeit der EU mit Asien und Afrika die Initiative ergriffen.

Die Regierung arbeitet nunmehr eine globale Strategie aus, wie in der Entwicklungszusammenarbeit der Menschenhandel bekämpft werden soll. Wir brauchen strengere Strafen gegen die Menschenhändler, mehr internationale Zusammenarbeit zwischen Zoll und Polizei und bessere Hilfe für die Opfer. Der Film Lilja 4-ever ist wichtig um das Bewusstsein zu verstärken, sowohl in den Ländern aus denen die Opfer kommen als auch in unseren Ländern, wo die Nachfrage existiert. Die Regierung hat deshalb das Schwedische Institut beauftragt mit Lukas Moodysson zusammenzuarbeiten.

Ein Menschenrecht und ein wichtiger Teil der Sicherheit des verfolgten Menschen ist das Asylrecht. Unsere Migrations- und Flüchtlingspolitik ist geprägt von Humanität und Sicherheit. Um eine solidarische europäische Migrationspolitik zu erzielen ist es wichtig, dass das gemeinsame Regelsystem das in der EU entwickelt wird deutliche Mindestbedingungen enthält. Durch bessere Einstimmigkeit der Entwicklungszusammenarbeit und der Migrationspolitik tragen wir dazu bei, unfreiwilliger Migration vorzubeugen. Schweden arbeitet eng mit dem UNHCR zusammen um das internationale Flüchtlingsrecht zu verstärken.

Wir werden an unserem langjährigen Engagement gegen Todesstrafe und Folter festhalten. Diese haben in modernen Gesellschaften keinen Platz. Wir werden weiterhin für die Rechte von Frauen und Kindern kämpfen. Und wir zögern nicht, Verbrechen gegen die Menschenrechte oder die demokratischen Prinzipien zu beanstanden.

In den Berichten des Außenministeriums über die Menschenrechte in den Ländern der Welt, die die Regierung dieses Jahr zum ersten Mal publizieren lässt, können wir lesen

über Simbabwe, wo Präsident Mugabe die Verfolgung von Parlamentariern der Opposition nun intensiviert,

über China, wo viele Verbrechen mit dem Tod bestraft werden,

über Weißrussland, das den Weg der Demokratie und des Rechtsstaates wählen muss,

über Birmas Militärregime, dessen Übergriffe eine demokratische Entwicklung unmöglich machen.

Schweden wird sich weiterhin einsetzen für Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie in der ganzen Welt.

Sicherheit setzt globale Gerechtigkeit und offenen und gerechten Handel voraus

Die weltumspannende Wirtschaft benötigt weltumspannende Spielregeln für gerechte Bedingungen; der grenzenlose Markt benötigt grenzenlose Werte. Wir müssen die Demokratie globalisieren, aber auch die Globalisierung demokratisieren. Die für viele so positive Globalisierung darf Ungerechtigkeiten und Kluften nicht verschlimmern und vertiefen.

Handel ist ein kraftvoller Motor für Wachstum und Armutsminderung, aber er muss allen zu Gute kommen. Heute werden die Entwicklungsländer mit Quoten und Tarifen von wichtigen Märkten ausgeschlossen. Der Handel mit Waren und Dienstleistungen muss geöffnet und die Hindernisse für den Export der Entwicklungsländer müssen beseitigt werden. Die Agrarpolitik der Industrieländer muss reformiert werden. Wir werden für konkrete Ergebnisse in der Welthandelsorganisation WTO arbeiten.

Ein dynamischer Welthandel und eine positive wirtschaftliche Entwicklung kann auch die Gefahr von Spannungen verringern. Denken Sie an die EU und den Binnenmarkt mit der grenzenlosen Freizügigkeit für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, die nach der Erweiterung 455 Millionen Verbraucher und Millionen von Unternehmen umfassen. Denken Sie an den Ostseeraum: Noch vor kurzem eine aufgerüstete Grenze des kalten Krieges, heute eine der am schnellsten wachsenden Regionen Europas, wo der EU-Beitritt der baltischen Staaten und Polen zu noch mehr Dynamik führen wird.

Ebenso wie globale Entwicklung durch mehr Handel begünstigt wird baut Schwedens Wachstum und Sicherheit darauf dass unsere Wirtschaft sich international behaupten kann. Schweden hat ein einzigartiges Potenzial von sowohl herkömmlichen Erwerbszweigen als auch neuen kreativen Branchen das wir ausnutzen werden. Wir werden unsere Aktivitäten vermehren um die schwedische Wirtschaft im Ausland und Investitionen in Schweden zu fördern.

Aber nur Handel ist nicht genug sondern muss ein Teil einer breiteren Entwicklungsstrategie sein. Es ist unerhört dass die EU jede Kuh mit 20 Kronen pro Tag subventioniert, während die Hälfte der Bevölkerung der Erde von weniger als dieser Summe pro Tag leben muss.

Die Regierung arbeitet für eine gerechte Globalisierung. Das fordert Maßnahmen von Ländern, Wirtschaft, einzelnen Organisationen, der WTO,

der EU und der UNO. Wir wollen unter anderem die Aufsicht über die globalen Finanzinstitutionen stärken.

Nachhaltige Sicherheit setzt gerechte und nachhaltige Entwicklung voraus

Armut kann militärische Konflikte verursachen oder auch die Ursache von militärischen Konflikten sein. Aber sie kann nicht militärisch bekämpft werden.

Durch die UN-Konferenzen in den 90er Jahren sowie denen in Johannesburg, Monterrey, Doha und durch die Millenniumserklärung der UNO hat die internationale Gemeinschaft zum ersten Mal eine gemeinsame Ansicht über nachhaltige Entwicklung geschaffen.

Nie zuvor waren die politischen Voraussetzungen besser, wirklich Resultate zu erzielen. Die Zielsetzungen sind ehrgeizig aber mit politischem Willen und Zusammenarbeit möglich zu erreichen.

Die Entwicklungsländer haben selbst die entscheidende Verantwortung für den Kampf gegen die Armut. Aber Hilfe auf die richtige Art spielt eine große Rolle. Schwedens Hilfe wächst auf das Ein-Prozent-Ziel zu. Auch die EU, die insgesamt für zwei Drittel der Entwicklungshilfe der Welt zeichnet, vermehrt ihre Einsätze.

Gesundheits- und Krankenpflege ist eine Sicherheitsfrage. Das wurde unterstrichen als man HIV/Aids, die ernsteste aller Epidemien die die Menschheit seit der Pest getroffen hat, im UN-Sicherheitsrat debattierte. Aber das gilt auch für andere ansteckende Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose sowie für Kinder- und Müttersterblichkeit.

Grundlegend für unser Überleben ist, dass wir unsere Umwelt schonen.

Zum Beispiel die Frage Sauberes Wasser. Wasser ist eine Mangelware und stellt deshalb eine Quelle für Konflikte dar.

Zum Beispiel der Treibhauseffekt – extreme Wetterereignisse, Dürre und Überschwemmungen treiben Menschen in die Flucht und verursachen Konflikte. Hier trug Kjell Larsson aktiv dazu bei das zu retten was als Hoffnung dasteht: das Kyoto-Protokoll.

Zum Beispiel unser Nahbereich: Der Atommüll auf der Kolahalbinsel ist eine Bedrohung unserer Sicherheit, und deshalb hoffen wir dass Russland nunmehr das notwendige Abkommen unterzeichnet.

Die Regierung wird in der Entwicklungsvorlage dieses Jahr eine gesammelte Politik für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung vorlegen.

Sicherheit setzt Abrüstung voraus

Nie zuvor haben so viele Staaten Zugang zu Massenvernichtungswaffen gehabt oder den Ehrgeiz, diese zu entwickeln. Nie zuvor haben Terroristen so viele Anstrengungen unternommen, um in den Besitz dieser Waffen zu gelangen. Gegen diese globale Bedrohung setzen wir unsere langfristigen Ziele: Eine Welt frei von atomaren, chemischen und biologischen Waffen. Unser Instrument ist die universale Verpflichtung zu Abrüstung, Nichtverbreitung und Ausfuhrkontrolle. Schweden gehört der so genannten Neuen Agenda Koalition an, die im Jahr 2000 zu einem Aktionsplan zur atomaren Abrüstung in dreizehn Schritten beitrug, und dem die Kernwaffenstaaten zugestimmt haben. Wir werden uns für die Erfüllung dieses Plans stark machen und an Initiativen gegen die Massenvernichtungswaffen arbeiten.

Sicherheit setzt die Vorbeugung bewaffneter Konflikte voraus

1994 wurden in Ruanda in hundert Tagen eine Million Menschen getötet. Zwei Millionen wurden in die Flucht getrieben.

Der Krieg auf dem West-Balkan hatte über drei Millionen Flüchtlinge zur Folge. 100 000 Menschen kamen nach Schweden. Die Kriege haben die EU und ihre Mitgliedstaaten über Hundert Milliarden Kronen gekostet.

Die Kosten für die von der UNO in Sierra Leone zur Friedenserhaltung eingesetzten Soldaten waren im vergangenen Jahr höher als das gesamte BSP dieses Landes.

Diese Zahlen erschrecken. Noch viel erschreckender ist das damit verbundene menschliche Leid. Es kann nicht mit Geldsummen ausgedrückt werden. Doch wir können unsere Ressourcen besser einsetzen zur Linderung des Leids, und die Bedrohung eines Aufkeimens neuer oder alter Konflikte abbauen.

Leichtwaffen gelten als Massenvernichtungswaffen der Armen. 90 Prozent derjenigen, die in den Konflikten des letzten Jahrzehnts den Tod fanden – über drei Millionen Menschen, darunter über zwei Millionen Zivilisten – sind Leichtwaffen zum Opfer gefallen.

Heute sind über eine halbe Milliarde Leichtwaffen im Umlauf. Sie sind leicht zu bekommen, leicht zu verbergen, leicht zu gebrauchen und schwer zu kontrollieren. Ihre Ausfuhr aus Europa führt zu ständig wiederkehrenden Konflikten in der ganzen Welt. Und die Folgen sehen wir in Liberia, in Tetovo und auf unseren eigenen Straßen und Schulhöfen.

Schweden wird im Laufe dieses Jahres neue Initiativen ergreifen zur Vorbeugung von Konflikten.

Unsere Sicherheit setzt die Zerstörung der Massenvernichtungswaffen Iraks voraus

Es ist eine Schande, dass die Wiege der Zivilisation von Saddam Hussein beherrscht wird. Die Liste seiner Untaten ist lang: Er hat chemische Kampfaffen im Krieg gegen den Iran und gegen seine eigene Bevölkerung eingesetzt. 5 000 Kurden im Dorf Halabscha, Männer, Frauen und Kinder, tötete er mit Kampfgas.

Hans Blix hat in seinem Bericht aufgezeigt, dass 6 500 Bomben mit chemischen Gefechtsköpfen in der vom Irak geführten Aufstellung fehlen. Das Gleiche gilt für große Mengen von Milzbrandbakterien.

Die Waffeninspektoren der UNO müssen die für eine Überprüfung notwendige Zeit erhalten. Saddam Hussein wird niemals abrüsten, es sei denn, er wird größtmöglichem Druck ausgesetzt. Doch ein militärischer Einsatz kann nur der letzte Ausweg sein, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind. Unsere Sicherheit setzt eine Weltordnung voraus, die auf dem Völkerrecht basiert. Deshalb kann ein Beschluss zur Gewaltanwendung nur vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefasst werden.

Unsere Sicherheit setzt die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Nordkoreas voraus

Die Entwicklung ist ernst. Das Agieren Nordkoreas riskiert die Untergrabung des weltweiten Bestrebens für die Nichtverbreitung atomarer Waffen. Gemeinsam mit anderen haben wir der nordkoreanischen Führung klar gemacht, dass ihr Agieren nicht akzeptiert werden kann. Zur friedlichen Lösung der Krise sind diplomatische Bemühungen und Dialoge notwendig. Nordkorea muss seinen Beschluss über den Ausstieg aus dem Nichtverbreitungsvertrag rückgängig machen und die Inspektoren der UNO zulassen.

Unsere Sicherheit setzt Frieden im Nahen Osten voraus

Der Nahostkonflikt hat sich verschärft. Der Friedensprozess ist stagniert und die Parteien befinden sich in einer Gewaltspirale ohne Gleichen. Israel hält erneut einen Großteil der palästinensischen Gebiete besetzt. Man lässt die Siedlungen an Zahl und Größe zunehmen. Die palästinensische Führung hat es nicht vermocht, Selbstmordattaken gegen die israelische Zivilbevölkerung zu unterbinden. Beide Seiten müssen zur Einsicht gelangen, dass sie mit Gewaltanwendung niemals ihre Ziele erreichen werden.

Die Regierung setzt sich sowohl bilateral als auch über die EU für die Wiederbelebung des Friedensprozesses ein. Die EU gehört gemeinsam mit der UNO, den USA und Russland dem so genannten Quartett an, das einen Aktionsplan für eine friedliche Lösung ausgearbeitet hat, demzufolge die israelische Okkupation beendet und im Jahr 2005 ein demokratischer, toleranter und lebensfähiger palästinensischer Staat gegründet wird. Wir werden uns in den nächsten Monaten dafür einsetzen, dass die Parteien diesen Plan akzeptieren und umsetzen.

Unsere Sicherheit setzt Stabilität auf dem West-Balkan voraus

Ethnische Spannungen und Kriegsverbrechen, kriminelle Netzwerke und Menschenhandel haben viel zu lange den West-Balkan geprägt. Der Weg zu Stabilität und Entwicklung führt über die europäische Integration. Das Engagement Schwedens ist umfangreich. 800 schwedische Soldaten nehmen im Rahmen von KFOR und SFOR teil an Maßnahmen zur Friedenserhaltung, zum Schutz von Minderheiten und zur Förderung einer demokratischen Entwicklung im Kosovo und in Bosnien, und bald können wir auch in Mazedonien teilnehmen.

Unsere Sicherheit setzt die Entwicklung Afrikas voraus

Im vergangenen Jahr konnten wir endlich Frieden in Angola erleben, eine politische Lösung der Konflikte in der Region der Großen Seen erkennen

und die Aufnahme von Friedensgesprächen im Sudan und in Somalia feststellen. Doch wir haben auch das Aufkeimen neuer Krisenherde wie zum Beispiel an der Elfenbeinküste gesehen. Bis zu 400 Millionen Afrikaner leben in Ländern, die von Konflikten gezeichnet sind bzw. in denen das Risiko für den Ausbruch eines Konflikts groß ist.

Wir unterstützen die demokratischen afrikanischen Regierungen, die Verantwortung für die Entwicklung Afrikas zeigen. Wir unterstützen afrikanische Initiativen, die ein Ende von Krieg und Plünderungen zum Ziel haben. Schweden wird mit Personal an den friedenserhaltenden Einsätzen der UNO im Kongo teilnehmen. Kabinettssekretär Hans Dahlgren wird seinen EU-Auftrag für den Frieden in Westafrika fortsetzen. Wir stärken die positiven Kräfte Afrikas, die sich für Entwicklung und Wohlfahrt einsetzen.

Unsere Sicherheit setzt eine starke UNO voraus

Die unverbrüchliche Unterstützung der UNO durch Schweden ist der allererste Ausdruck unseres Bestrebens, internationalen Frieden, Sicherheit und Entwicklung zu wahren. Nur die UNO hat die für die globale Sicherheit erforderliche Basis und Legitimität. Die UNO stellt ein unentbehrliches Forum, eine unentbehrliche Normquelle und einen Garant für das Völkerrecht dar.

Heute trägt die UNO ihre Verantwortung. Die UNO reagierte auf den 11. September schnell und mit Entschlossenheit. Die UNO hat bei den Diskussionen über eine nachhaltige Entwicklung die Führung übernommen. Die UNO befasst sich mit dem Irak. Der UN-Sicherheitsrat ist das einzig legitime Gremium, das Beschlüsse zur globalen Sicherheit fassen kann. Mit dieser Verantwortung geht die Verpflichtung einher, auch schwierige Entscheidungen zu treffen.

Die UNO spiegelt die unterschiedlichen Anliegen und Interessen von 191 Staaten wider und weist gute wie schlechte Ergebnisse auf. Wir zögern nicht, Kritik zu üben, wenn dies befugt ist. Eine Organisation wie die UNO muss

sich ständig erneuern, und wir unterstützen die Reformarbeit des Generalsekretärs. Wir wollen einen reformierten Sicherheitsrat und haben die Initiative zur Stärkung der Sanktionsinstrumente der UNO ergriffen.

Für uns ist es auch von Bedeutung, das Krisenmanagement der UNO effizienter zu gestalten. Schweden hat im Laufe der Jahre Zehntausende von Soldaten, Polizisten und Beobachter in die Dienste der UNO gestellt. Wir nehmen an dreizehn der fünfzehn gegenwärtigen UN-Missionen teil.

Die Gewährleistung der Bereitschaft, sich an internationalen Operationen zu beteiligen, ist ein wichtiger Bestandteil der Reformierung der schwedischen Verteidigung. Wir müssen über die erforderliche zivile und militärische Kapazität verfügen, um schnell den an uns gerichteten Anforderungen Genüge leisten zu können, und zwar in der von uns selbst gewählten Form.

Unsere Sicherheit wird mit einer erweiterten EU gestärkt

Der Europäischen Union kommt eine zentrale Bedeutung für unsere Sicherheit zu. Am 16. April erfolgt die Unterzeichnung des Erweiterungsvertrags der EU mit zehn neuen Mitgliedstaaten. Dies wird die Krönung mehrjähriger erfolgreicher Anstrengungen auch seitens Schwedens sein. Wir bauen nun die Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedstaaten aus. Die Vorbereitungen zur Eröffnung einer Botschaft in Bratislava noch in diesem Jahr laufen bereits.

Ein geeintes Europa ist ein sicheres Europa. Deshalb dürfen wir auch keine neuen Trennlinien ziehen. Wir beabsichtigen die Vertiefung unserer Partnerschaft mit Russland. Eine Fortsetzung der Integration, vor allem im Wirtschaftsbereich, ist für Schweden und Russland gleichermaßen wichtig. Doch solch eine Partnerschaft fordert die Unterstützung gemeinsamer Werte und Prinzipien, einschließlich der Menschenrechte und Pressefreiheit. Wir werden weiterhin eine positive Entwicklung in der Ukraine, in Weißrußland und in Moldawien stützen. Die OSZE und der Europarat sind für die Sicherheit und Demokratisierung in ganz Europa wichtig.

Der europäische Konvent und die bevorstehende Regierungskonferenz werden die EU weiter voranbringen und effizienter gestalten. Wir müssen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken.

Wir brauchen einen deutlicheren EU-Vertrag, vor allem aus demokratischen Gründen. Wir brauchen Reformen, doch keine großen Veränderungen im Gleichgewicht der verschiedenen Institutionen der EU. Wir wollen mehr Einfluss für die nationalen Parlamente.

Der Wohlstand Schwedens ist abhängig von der Entwicklung in Europa. Wir setzen uns im Rahmen der EU aktiv ein für die Vollbeschäftigung, die soziale Wohlfahrt und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung.

Das am 14. September stattfindende Referendum über den Euro ist für Schweden eine wichtige Entscheidung. Der Beitritt zur WWU handelt von der Stärkung der Voraussetzungen für ein stabiles Wachstum in unserem eigenen Land. Er handelt vom Einfluss Schwedens in Europa. Er handelt auch von der Verantwortung, die wir für die Gestaltung des zukünftigen Europas tragen.

Mit der Entwicklung der Kapazität zur Prävention von Konflikten und zum Krisenmanagement kann die EU für mehr Sicherheit sorgen. Das zivile und militärische Krisenmanagement der EU soll einen Beitrag zum Frieden und zur Sicherheit in allen Teilen der Welt leisten – in enger Zusammenarbeit mit der UNO und den regionalen Organisationen.

Im Dezember wurde Übereinstimmung darüber erzielt, dass die EU Zugang zu den Ressourcen der Nato für friedensfördernde Maßnahmen erhält. Damit kann die EU ihre ersten militärischen Einsätze zur Friedensförderung durchführen. Bereits zum Jahreswechsel übernahm die EU von der UNO den Einsatz ziviler Polizeikräfte in Bosnien und bereitet sich nun auf die Übernahme der bisher von der Nato geführten militärischen Einsätze zur Konfliktprävention in Mazedonien vor.

Unsere Sicherheit setzt eine euro-atlantische Partnerschaft voraus

Die Sicherheit in unserem Nahbereich und in Europa baut immer stärker auf der Zusammenarbeit zwischen EU, Nato und Russland.

Wir freuen uns darüber, dass unsere Nachbarländer Estland, Lettland und Litauen ihre sicherheitspolitischen Ziele verwirklichen können und der EU und der Nato beitreten werden. Dies ist ein historischer Erfolg und trägt zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Schweden und im gesamten Ostseeraum bei.

Unsere Sicherheit setzt die Zusammenarbeit im Norden und im Ostseeraum voraus

Als Vorsitz der nordischen Regierungszusammenarbeit wird sich Schweden für den Abbau von Grenzhindernissen und für mehr Freizügigkeit einsetzen. Die baltischen Staaten haben für ein Wiederaufleben der nordischen Zusammenarbeit gesorgt. Wir wollen die Berührungspunkte zwischen dem Norden und dem Baltikum stärken. Wir eröffnen in Kürze ein Generalkonsulat in Kaliningrad.

Während unserer verbleibenden Zeit als Vorsitz im Euro-arktischen Barentssee-Rat werden wir Umweltfragen, vertieften Austausch und wirtschaftliche Entwicklung sowie konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels vorrangig behandeln.

Unsere Sicherheit wird durch breite Zustimmung der sicherheitspolitischen Linie Schwedens gestärkt

Schweden ist militärisch bündnisfrei. Diese Politik hat sich im Laufe von nahezu zweihundert Jahren bewährt. Sie vermittelt uns Handlungsspielraum. Sie wird von breiten Teilen der Bevölkerung getragen. Sie erfährt mit der von der Regierung mit der Zentrumspartei, der christlich-demokratischen Partei und der moderaten Sammlungspartei erzielten Übereinkunft breite politische Unterstützung.

Herr Präsident!

Es gibt vielfältige Bedrohungen unserer Sicherheit, denen nicht mehr nur militärisch begegnet werden kann.

Aber man kann ihnen begegnen mit einer aktiven Politik

für Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie,

für Armutsbekämpfung und globale Gerechtigkeit,

für Konfliktprävention und Abrüstung.

Aber man kann ihnen begegnen mit einer aktiven Zusammenarbeit im Nahbereich, in der EU und global mit der UNO im Mittelpunkt.

Lassen Sie uns das tun und die Möglichkeiten zur Erhaltung von globalem Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ausschöpfen.